

Erscheint
an allen Werktagen.
Bezugspreis
vom 1. Juli 1921 an
monatlich M.
in der Geschäftsstelle 50.—
in den Ausgabestellen 52.50
durch Zeitungsboten 55.—
durch die Post 55.—

Fernsprecher: 4246, 2273.
3110, 349.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Besitzer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau; für Polen: Czeczkow Konto P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań.

Pozener Tageblatt

Aus Oberschlesien.

Die "Danziger Zeitung" berichtet aus Katowitz: In dem ganzen Industriegebiet vermutet man mit grossem pessimismus die letzte Entscheidung der interalliierten Kommission über die Teilung Oberschlesiens. Es wird allgemein angenommen, dass die gegenwärtig von den französischen Truppen besetzten Gebiete nicht mehr an Deutschland zurückfallen. Die gesamte deutsche Presse fordert die Ausweisung Korfants aus Oberschlesien.

Die oberschlesische Frage auf der Konferenz des Obersten Rates im August.

Wien, 10. Juli. (Frank. Blg.) Die Konferenz des Obersten Rates soll nunmehr in August stattfinden. Das Programm beschreibt die Einschränkung der Rheinlandkommission, aus der insbesondere der ausschließlich zu wirtschaftlichen Funktionen berufene Vertreter Italiens ausscheiden soll. Ferner soll die oberschlesische und die Orientfrage behandelt werden. Bonomi möchte, wenn irgend möglich, in der Hauptkonferenz persönlich teilnehmen.

Immer noch keine Ruhe.

Schoppin, 11. Juli. (Tel.-U.) Schwer mishandelt wurde von herumstreifenden Soldaten der Polizeiwachmeister Bielka aus Laurahütte. In der Umgebung treiben sich noch immer bewaffnete Anhänger herum die in deutschen Familien Plünderungen verüben. Gestern und vorgestern kam es hier zu lebhaften Schießereien. Die Bevölkerung ist in großer Unruhe, zumal sie nicht den geringsten englischen Schutz hat.

Entwaffnungs-Verordnung.

Danzig, 12. Juli. (PAT) Die "Danziger Zeitung" berichtet aus Breslau, dass die interalliierte Kommission in Oppeln eine Verordnung über die Entmischung veröffentlicht. Straft dieser Verordnung wird jeder, der bis zum 17. d. Mts. Waffen oder Munition hält, einer Strafe von zwei Monaten bis zu fünf Jahren Gefängnis oder einer Geldstrafe unterliegen und das Recht auf die Amnestie verlieren.

Der Bentherener Zwischenfall.

Warschau, 12. Juli. Aus Beuthen wird gemeldet, in aufständischen Kreisen laufe das Gericht um, dass der Bericht des englischen Delegierten über den Tod des Majors Montallegre in einer für Deutschland günstigen Weise redigiert sei.

Die Geiseln.

Beuthen, 10. Juli. (Tagebl.) Die als Geiseln verhafteten Bürger Beuthens sind bis auf den ersten Bürgermeister und den Polizeirat freigelassen worden. Der erste Bürgermeister ist aus Oberschlesien ausgewiesen.

Rücktritt Veronds?

Warschau, 12. Juli. Große Erregung rief in Paris die wütende Nachricht hervor, dass General Verond an die französische Regierung die Bitte gesandt habe, ihn seines Postens in Oppeln zu entheben. Als Grund wird der schlechte Gesundheitszustand des Generals angegeben. Die französischen Zeitungen sprechen die Befürchtung aus, dass nicht der schlechte Gesundheitszustand an dem beabsichtigten Rücktritt des Generals schuld sei, sondern die Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und der interalliierten Kommission. Die englischen Zeitungen dagegen bringen die Mitteilung, dass General Verond in kürzester Zeit Oppeln verlassen wird, um sich nach Paris zu begeben, wo er sich einer Operation unterziehen will. Die französische Regierung hat ihm nur für die Zeit der Kur Urlaub erteilt. General Verond wird Oppeln erst verlassen, nachdem er dem Obersten Rat den Bericht über die Teilung Oberschlesiens vorlegt hat.

Ein Aufruf Mr. Ognos an die Bevölkerung.

Beuthen, 10. Juli. (PAT) Der apostolische Kommissar Monsignore Ognos gab an die katholische Geistlichkeit und die Bevölkerung Oberschlesiens einen Hirtenbrief heraus, in dem er sein Bedauern über die stürmischen Vorfälle ausspricht welche das bisher so blühende oberschlesische Land vernichtet haben. Er geizt nicht schärf die Lüge gewisser Christusbücher, welche zwischen den Brüdern Hass und Feindschaft sät, ja, die sich sogar nicht schämen, zur Waffe zu greifen; er fordert darauf das Volk auf, den falschen Propheten nicht zu glauben. Weiter zitiert er die Worte des Papstes Leo XIII., welche dieser an die tschechischen und mährischen Bischöfe als Warnung gerichtet hat, dass die Verteidigung der Deutschen Sprache, die ja gewiss berechtigt ist, nicht dazu führen soll, öffentliches und religiöses Ärgernis für die Seelen zu bereiten. Er ruft mit der Aufforderung zum Frieden und zu brüderlicher Liebe auf, damit er, wenn er in Kürze vor den Heiligen Vater tritt, dies versichern könne, dass die Katholiken Oberschlesiens zu Füßen des Papstes diese Schuld bedauern und sich von Hass und Feindschaft, in die sie gefallen sind, lossagen.

Zum Fall Mr. Ognos.

Warschau, 12. Juli. Die Warschauer Zeitungen melden, dass die polnische Regierung beschlossen habe, sich an den Vatikan wegen Rückberufung des Monsignore Ognos zu wenden.

Englische Pressestimmen.

London, 12. Juli. Die Angriffe der englischen Presse gegen Polen haben sich in der letzten Zeit mit doppelter Kraft erneuert. Der Berliner Korrespondent des "Manchester Guardian" berichtet, dass sich der Standpunkt Warschau in letzter Zeit geändert habe, und zwar wenden sich der neue Minister des Außenwesens Skruml und die ganze Regierung einer Richtung der wirtschaftlichen gemeinsamen Arbeit mit den Deutschen zu, welche für Polen von grösserem Vorteil ist als die militärische gemeinsame Tätigkeit mit Frankreich. Die polnische Politik ändert sich von Tag zu Tag und ist immer unsicher. Es ist möglich, dass der polnische Generalstab Korfant in der Organisation eines Aufstandes vielleicht mit vollen Wissen der polnischen Regierung hilft. In Sicht des polnischen Nationalismus treten radikale Tendenzen für eine Arbeiterpolitik.

Die Deutschen sind nationalistisch orientiert und könnten einen neuen polnischen Aufstand hervorrufen. Im Falle eines neuen Bürgerkrieges hätten die Deutschen das Übergewicht und dies aus zwei Gründen. Vor allem würden sie über besseres Kriegsmaterial verfügen und auch das moralische Übergewicht haben und würden offenbar das fälschliche Bolschewismus genannte Übel bekämpfen. Es ist höchste Zeit, dass der Oberste Rat dem unsicheren Zustand in Oberschlesien ein Ende macht, der nur nationalen Hass herborgt.

Die Fortsetzung der Besprechung der Reparationskosten.

Berlin, 11. Juli. Wie das "Berl. Tagebl." erfährt, hat der Reichskommissar für den Wiederaufbau, Dr. Guggenheim, sich zur Fortsetzung der Besprechungen über den Wiederaufbau wieder nach Paris begeben. Während seines einwöchigen Aufenthalts in Berlin hat Dr. Guggenheim zahlreiche Besprechungen im Wiederaufbauministerium mit den beteiligten Ressorts gehabt. Da die Verhandlungen noch in vollem Flusse sind, lässt sich einstweilen über das voraussichtliche Ergebnis noch nichts sagen.

Der Krieg im Orient.

Die Besorgnis der englischen Presse über die Vorgänge in Kleinasien werden jetzt auch von den englischen Regierungskreisen geteilt, weil die Verhandlungen mit der französischen Regierung zu einer Übereinstimmung und einem gemeinsamen Vorgehen bis jetzt nicht geführt haben. Die Kemalisten marschieren unentwegt gegen Konstantinopel, ohne dass ihnen von französischer Seite Widerstand geboten wird. Briand hat selbst zugegeben, dass die französischen Truppen in Kleinasien keinen Befehl haben, noch erhalten werden, etwas gegen die Türken zu unternehmen. Der Umstand, dass die Griechen eine wichtige Position nach der anderen aufgeben, lässt in Vardon die Vermutung auftreten, dass Kemal Pascha sich jetzt der Gunst der französischen Regierung erfreut. Durch das Vorgehen der Kemalistischen gegen Konstantinopel ist die Stimmung in den türkischen nationalistischen Kreisen sehr gehoben worden.

London, 12. Juli. (PAT) Lloyd George benachrichtigte telegraphisch De Valera, dass er seine Antwort erhalten habe, in der er seine Bereitschaft, an den Verhandlungen teilzunehmen, erklärt.

London, 12. Juli. (PAT) De Valera veröffentlicht in der Zeitung "New York World" ein Schreiben, in dem er die Hoffnung ausspricht, dass das amerikanische Volk an der Lösung der irändischen Aufgabe sich beteiligen wird.

Bolschewistische Agenten.

Konstantinopel, 12. Juli. (PAT) An der ganzen Front finden Gefechte statt. Die englische Polizei führt weiter eine strenge Aufsicht über die bolschewistischen Agenten aus. Ungefähr 40 Russen, darunter drei Führer der russischen Handelsmission, wurden verhaftet.

Der griechische König an der Front.

Smyrna, 12. Juli. (PAT) Der griechische König und der Oberbefehlshaber der Armee begaben sich von Smyrna an die Front.

Die irändische Frage.

Waffenstillstand.

London, 10. Juli. (PAT) Obwohl der Waffenstillstand in Irland erst von Montag ab gilt, so sah man schon seit Freitag mittag in den Straßen Dublins keine Militärpatrouillen mehr. Es kommen auch keine Gewalttätigkeiten mehr vor. Die Zeitungen schreiben die Verbesserung der Lage in Irland König Georg und den verständigen Tätigkeiten zu.

Bu den englisch-irischen Verhandlungen.

London, 11. Juli. Sir James Craig lehnte jede Auseinandersetzung über die Dubliner Konferenz ab. Nach der "Daily Chronicle" empfing er leider keine Mitteilung von General Smuts, der, wie man glaubt, nicht nach Nord-Irland gehen werde. Craig werde an der am Freitag in Dublin stattfindenden Konferenz nicht teilnehmen, sondern erst am nächsten Montag von London nach Belfast zurückkehren. — Vor seiner Abreise von Belfast hielt Craig eine Rede, in der er unter anderem sagte, er trete mit Festigkeit für alles ein, was in Ulster gewonnen wurde. Die Bevölkerung könne sich auf ihn und seine Mitarbeiter in der Regierung verlassen, dass sie sich durch seine Macht den geringsten Teil des Sieges, der durch ihre loyale Haltung errungen wurde, abringen lassen würden. — In dem Briefe, den der Premierminister von Kanada am 4. Juli in Erwiderung des Briefes des Sekretärs der kanadischen Liga für das Selbstbestimmungsrecht Irlands geschrieben hat, lehnt der kanadische Premierminister jede Einmischung in die Angelegenheit Großbritanniens ab. — General Smuts stellte nachmittags mehreren Sinnfeinern, darunter De Valera, Besuch ab. — Der politische Mitarbeiter der "Daily Chronicle" bestätigt, dass die Besuche Smuts bei den Sinnfeinern nicht im Auftrag der Regierung, sondern auf Grund der Einladung einiger Persönlichkeiten erfolgte. — Der "Daily Express" aufgeht überbrachte Lord Middletons Lloyd George einen Brief De Valeras, der sich auf die vorgeschlagene Londoner Konferenz bezieht. Der Parlamentskorrespondent der "Times" meldet, man vermute, De Valera nehme gegenüber Lloyd Georges Einladung den Standpunkt ein, dass in anderer Weise die einberufene Konferenz annehmbar sein würde. Die Einladung des Premierministers würde zu der Konferenz in der Downingstreet unter dem Vorsitz Lloyd Georges führen. In gutunterrichteten Kreisen wird angenommen, dass De Valera die Einladung Lloyd Georges mit einem Gegenvorschlag beantwortet. Die "Daily News" vermuten, dass die Konferenz unter dem Vorsitz Smuts abgehalten wird.

Generalstreik?

Dublin, 11. Juli. (Tel.-U.) Der Beschluss, einen Generalstreik in Irland zu proklamieren, ist in Dublin durch den Lordmajor an eine große Menschenmenge bekanntgegeben worden, die sich in der Nähe des Mansion House eingefunden hatte. Diese Nachricht hatte eine gewaltige Eregung hervorgerufen und wurde von der Menge mit stürmischem Beifall aufgenommen, die darauf patriotische Lieder sang.

Ausstandsbewegung in Nordpersien.

London, 11. Juli. "Daily Mail" meldet aus Teheran unter dem 2. d. Mts.: Der Aufstand in Nordpersien breitet sich immer mehr aus. Der Führer der Aufständischen in der fernen Provinz Macendaram bemüht sich, die Turkmene zum Anschluss an die Rebellen zu bewegen, die Astarabad bedrohen. Die Truppen von Kutuk Khan, des Führers der persischen Bolschewisten, haben Massala, nordöstlich von Semischjan, besetzt und sollen in der Richtung auf Kaschwan vorrücken.

Die ganze Ausstandsbewegung in Nordpersien, so schließt der Bericht, sei offenbar von dem Vertreter der russischen Regierung, Nostic, geleitet. Alles deutet darauf hin, dass die Bolschewisten versuchen, Persien zur Sowjetrepublik zu machen.

Südosteuropäisches.

Die kleine Entente. — Wirtschaftliche und politische Zustände. — Deutschland und die Südoststaaten.

Von Gustav Grenyi.

Nach jüngsten Zusicherungen, die von der Welt Presse voreilig zu einer vollzogenen Tatsache aufgebaut wurden, ist nun Rumänien endlich auch formell der "kleinen Entente" beigetreten. Der Entschluss fiel der Bulgarer Regierung offenbar nicht leicht. Grenzstreitigkeiten mit dem südslawischen Reiche waren noch nicht endgültig ausgetragen. Außerdem musste der Anschluss an die tschechische Gründung der Bulgarer Macht politisch in ihren westlichen Auswirkungen empfindlich schwächen. Auch war Rumäniens Verhalten Ungarn gegenüber vorerst minder schroff ablehnend. Take Jonescu trat gern als Anwalt einer besonderen mittel-europäischen Politik hervor, die oft gegen Prager und Belgrader Mächte standen, doch stets im Einverständnis mit den Pariser Machthabern wirkte. Diese Politik liebäugelte mit Polen und knüpfte den eigenen Anschluss des österreicher nachdrücklich an die Bedingung der Aufnahme dieses Staates in die "kleine Entente". Sie verschloss sich aber auch vor dem Gedanken einer Personalunion mit Ungarn nicht, den gewisse politische Gruppen in Budapest mit der Hoffnung auf territorialen Wiedergewinn willig aufzugreifen schienen.

Ein solch polnisch-rumänisch-magyarisches Zusammenwirken wäre der französischen Welt politik als ein ansehnlicher Abwehrbund gegen Deutschland, vielleicht auch als Gegengewicht gegen einen allzu selbständigen tschechischen Wirtschaftsdrang nicht unwillkommen gewesen. Indes wirkten von Westen auch andere Machtströmungen auf das mitteleuropäische Chaos ein, — so vor allem die habsburgische Restitutionsversuche mit dem geheimen Grundmotiv einer von Budapest zu leitenden Donaumonarchie, die dann Rumäniens zwangsläufig in das andere Lager hinaüberdrängen mussten. Die um die Ostfront austauchende Gefahr von Seiten Habsburgs hat die drei neuen Macht faktoren des Südostens in ihrer Stellungnahme zu Ungarn einig gestimmt. Mit der unlangst erfolgten Ratifizierung des Trianon Friedensvertrages durch die Pariser Kammer auf der einen und durch Rumäniens Beitritt zur "kleinen Entente" auf der anderen Seite ist die Lage im Südosten deutlicher und eindeutiger geworden.

Es wäre jedoch kurzfristig, in der "kleinen Entente", nachdem sie einmal durch gemeinsame Sorgen zusammengezweiht wurde, lediglich ein Instrument zum Niederschlagen magyarischer Wiedereroberungsgelüste erblicken zu wollen. Bezeichnend ist in dieser Hinsicht ein "Tempo"-Artikel vom 8. Juni, der ein zunehmendes Desinteresse der französischen Politik im Südosten zugunsten des neuen Staatenbundes hervorhebt. In Wirklichkeit bedeutet der Zusammenschluss der drei Staaten nicht mehr oder weniger als den Aufhalt zu einer wirtschaftspolitischen Einheitsfront, deren Geboten die Ausgeschlossenen nolens-volens gehorchen müssen. Ungarn sieht sich durch die Einkreisungstatik seiner Nachbarn zu einem mählichen Abbau der inneren politischen Willkür veranlasst und schließt ein Wirtschaftsabkommen mit der Tschechoslowakei, der Verkehr von Land zu Land wird reger, und die gegenseitigen Grenzabnahmen und Zollschikanen flauen ab. Unstreitbar spricht aus der Tatsache des jungen Bundes der Wille zur inneren Konolidierung. Schneller, als man gedacht hätte, finden die neu gegründeten Nationalstaaten den Weg zu einander und zur unumgänglichen mitteleuropäischen Wirtschaftsfusion.

Nicht nur ein gemeinschaftliches Ziel, auch gemeinschaftliche Nöte der inneren wirtschaftlichen und politischen Struktur leisten dem Bunde Vorwurf. Nur mit vereinten Kräften kann dem Widerstand neu einverleibter Fremdschichten und den Stockungen der Produktion gesteuert werden. Ganz Südosteuropa ist heute noch ein wirtschaftlicher Krisenherd, der auf Grund breiter ökonomischer Verlötungsfäden allmählich zu genesen vermag.

So hält in der Tschechoslowakei die Industrie der Steuerbelastung, den Beschaffungsschwierigkeiten mancher Rohprodukte infolge einer unglücklichen, noch immer gegen die deutsche Einführung gerichteten Zollpolitik, und fortwährenden Ausständen nur mit Mühe und Not stand. Die Inlandsprodukte sind wegen übermäßig hoher Herstellungskosten im Ausland nicht recht konkurrenzfähig. Einerseits drücken technische Staunungen die Produktivität fortgelebt herab, so dass laut Schätzung des Generaldirektors der Prager Industriegeellschaft, Horovszky, die Erzeugung in der Eisen- und Kohlenbranche kaum die Hälfte der Vorkriegsquantität erreicht hat, andererseits aber führen diese Mängel die Produktion wiederum zur chronischen Arbeitslosigkeit und beschwingen das in diesem Staate von jeher überaus regsame kommunistische Treiben.

Die rumänischen Wirtschaftsnöte sind in der Hauptsache durch die katastrophale Lage des Transportwesens bedingt. Rumäniens Bahnen hat sich durch den territorialen Neuerwerb verdoppelt, sein Waggon- und Lokomotivpark trotz rücksichtiger Requisitionen im besetzten Ungarn kaum vermehrt. Die Staatsbahnen verfügen über keine einzige Maschinenfabrik und Reparationswerkstätte von Belang. Der rumänische Verkehrsminister, Valeanu, der unlangst den an Wiener und Berliner Unternehmen erteilten Auftrag zur Herstellung von mehreren hundert Lokomotiven persönlich kontrollierte, gab anlässlich seines Aufenthaltes in

Deutschösterreich dieses Grundübel unumwunden zu. Ein unmäßiger und unbegründeter Preissturz in aufgestapelten Inlandswaren, lockere Zusammenhänge mit dem Weltmarkt und wüste Spekulationen mit Importartikeln sind die unmittelbaren Folgen der stetigen Verkehrsschwierigkeiten.

Ahnlich wie um das rumänische ist es auch um das jugoslawische Bahnwesen bestellt. Trotz langsam aufwärtssteigender Produktion ist das natürliche Gleichgewicht zwischen Import- und Exportbedürfnissen in diesem Staate noch nicht hergestellt. Die fortwirkende Agitation franzosenfreundlicher Politiker und Handelsleute bringt das deutsche Kapital um ebenso heilsame wie aussichtsreiche Investierungsmöglichkeiten. In diesem Lande, das an landwirtschaftlichen Maschinen, Kunstdünger, Tuch- und Wirkwaren so empfindlichen Mangel leidet, figuriert die deutsche Einfuhr bezeichnenderweise mit kaum 3 v. H. noch immer erst an sechster Stelle.

Zwischen Politik und wirtschaftlichen Lebensinteressen obwaltet in ganz Südosteuropa einstweilen noch ein offensichtlicher Widerspruch. Die produktiven Kräfte drängen nach freier Betätigung, und ihre Lenker werden sich des unstillbaren Zusammensetzens mit der reichsdeutschen Wirtschaftssphäre tagtäglich mehr bewußt. Breite Kreise des Südosteuropäischen Wirtschaftslebens sind heute dem deutschen Volke eher als imminenter nationaler Hochspannung vor dem Weltkriege gewogen. Die österreichisch-ungarische Monarchie mußte in die Brüche gehen, Raumanns "Mittelenropa" versagen, aber eine mitteleuropäische Gemeinschafts-Idee trostet dem Umwälzungsfieber der letzten Jahre.

Bolschewistische Unruhen in Bulgarien.

Wien, 12. Juli. (PAT.) Am Sonntag ließen hier Nachrichten ein, welche von ersten Unruhen sprechen, die in Sofia und einem großen Teil Bulgariens ausgebrochen sind. Diese Aktion scheint von der bulgarischen Bauernpartei geleitet und von den Bolschewisten inspiriert zu sein. Die beiderseitige Zensur läßt keine Nachrichten aus dem Lande heraus. Die Bansen zahlen kein Geld aus und nehmen kein Geld an. Zu bemerken ist, daß der Lai in der letzten Woche von 7,20 auf 5 Kronen gefallen ist.

Die Freundschaft der Balkanstaaten.

London, 11. Juli. Wie aus Belgrad gemeldet wird, versuchten die bulgarischen bolschewistischen Kreise seit einiger Zeit, die Belgrader Regierung durch den Vorwurf sich gelegigt zu machen, daß Serbien Salontiki und Bulgarien Thrazien besetzen sollte. Serbien hat damit geantwortet, daß es das Bündnis mit Rumänien abgeschlossen hat, das sich sowohl gegen Ungarn wie gegen Bulgarien richtet. Die Regierung von Bulgarien hat daraufhin verichert, daß sie diesen Treibereien fernstehe.

Der Bolschewismus will die Tschechoslowakei vernichten.

Warschau, 11. Juli. (PAT.) Der ehemalige Sowjetkommissar Kuczera veröffentlicht in der sozialistischen Zeitung "Pravo Ludu" einen Sensationsartikel über die Tätigkeit der Sowjetregierung in der tschechoslowakischen Republik. Kuczera bestätigt auf Grund von Informationen Bela Khuns, daß die tschechoslowakischen Kommunisten aus Moskau große Geldsummen erhalten hätten, um die tschechoslowakische Republik um jeden Preis zu vernichten. Bela Khun erklärte Kuczera gegenüber, daß die tschechoslowakische Republik ein künstlerisches Gebilde sei, das von der Karte Europas verschwinden müsse. Die Sowjetregierung hat rücksichtslos die Bildung einer einheitlichen kommunistischen Partei empfohlen. Kuczera zählt die Summen auf, welche von der Sowjetregierung für die Agitation in der tschechoslowakischen Republik bestimmt wurden, und erklärt, daß eine Reihe von Sowjetemissionären in Berlin außer Geld noch Kleinodien und kostbarkeiten für Agitationszwecke beschafft haben. Nachdem Kuczera sich von den Absichten der Sowjetregierung überzeugt hatte, trat er aus der kommunistischen Partei aus.

Prag, 12. Juli. (PAT.) Der sozialdemokratische Club richtete eine Anfrage an Venesch wegen der brutalen Verfolgung der nichtbolschewistischen Arbeiter in Russland. Der Club fordert den Minister auf, internationale diplomatische Schritte zu unternehmen, um den von der Sowjetregierung ausgeübten Gewalttätigkeiten zu steuern.

Um eines Mannes Ehre.

Original-Roman von A. Gruner.

(30. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.) Rot war es vor seinen Augen, aber sein Gesicht war trotz des Rennens aschfahl, denn all sein Blut drängte sich bändigend wild zu seinem Herzen.

Hinter einigen Stauden warf er sich endlich völlig erschöpft nieder.

Er war schon ziemlich weit von der Stadt weggekommen.

Eines der Föhrenwäldchen hatte ihn missleidig aufgenommen.

Allein er könnte sich selber keine Ruhe. Als er wieder schnausen konnte, nahm er den Weg gegen Neunkirchen wieder auf.

Er hielt sich der Landstraße fern — blieb dem Eisenbahnstrang nahe und brauchte da nur sorgfältig die Bahnhöfe zu vermeiden. Und von Zeit zu Zeit sagte er ganz laut vor sich hin: "Bist ein Tropf! Noch weiß ja hier herum keiner, was in Wiener-Neustadt geschehen ist. Was fürchtest du denn also?"

Damit machte er sich Mut.

Und schließlich ging er, äußerlich ganz ruhig, auf einen kleinen Bauernhof zu und bat die Bäuerin um ein Glas Milch und ein Stück Brot, was ihm willig verabreicht wurde.

Immer auf stillen Wegen bleibend, kam er gegen Mittag ins Gebirge, ruhte, weil die Müdigkeit ihn immer weiter ließ, im Schutz eines einsam auf einer Waldbiese stehenden Heuschobers und gelangte ohne irgendwelchen neuen Schrecken schließlich in das halbverschlafene Wirtschaftshaus, dem die neue, bequemere Straße fast alles Leben genommen hatte.

Der deutsch-amerikanische Friede.

Danzig, 9. Juli. (PAT.) Der amerikanische Staatssekretär Hughes beschloß, dem Senat als Grundlage des Vertrages mit den Deutschen den Versailler Vertrag in abgeänderter Form vorzulegen. Der ganze Abschnitt, der den Völkerbund betrifft, wurde gestrichen. Die Worte "Völkerbundsrat" wurden durch die Worte "die Hauptverbandsmächte und die befreundeten Mächte" ersetzt. Der Abschnitt, der die neuen deutschen Grenzen behandelt, wurde beibehalten. Gleichfalls beibehalten wurden die Abschnitte, die die Bestrafung des Kaisers und der Kriegsverbrecher fordern, und der Abschnitt, der die Teilnahme Amerikas im Wiedergutmachungsausschuß behandelt. Die Abschnitte 11–12 erhielten gewisse Änderungen, aus denen hervorgeht, daß Amerika alle europäischen Streitfragen fernsehen will. Der Abschnitt 13 über die Organisation der Arbeit wurde durch Hughes gestrichen.

Vereinigte Staaten.

Eine Friedensrede des amerikanischen Botschafters Harvey.

London, 10. Juli. Bei der Feier anlässlich des amerikanischen Unabhängigkeitstages hielt der amerikanische Botschafter Robert Harvey eine Rede, in welcher er u. a. sagte, das bessere Verständnis zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten zeitigte bereits das große Ergebnis, das für die ganze Welt von unermöglichlicher Bedeutung ist. Zum ersten Male in der Geschichte sei der Atlantische Ozean bei den Erwägungen, die sich auf die aus der Seefriedführung ergebenden Gefahren bezogenen, so gut wie ausgeschaltet. Es sei guter Grund für die Hoffnung vorhanden, daß, welche Besorgniß etwaiger Gefahren im Stillen Ozean auch herrschen möge, diese eher, als allgemein angenommen werde, befeitigt werden könnten. Wenn dieses Ziel erreicht werden sollte, so würde die unvermeidliche Folge die Abtötung sein. Und der Friede auf Erden würde wenigstens auf Jahre hinaus gesichert sein. Zahlreiche Hindernisse stellten sich aber diesem erhabenen Ziele entgegen. Wenn man aber an die Aufgabe mit dem Geiste der Gerechtigkeit und des Vertrauens gehe, so dürfe man hoffen, zu dem Zustande zurückzukehren, der das Leben lebenswert mache.

Ungarn sucht Fühlungnahme mit Amerika.

Ödenburg, 11. Juli. Zur Pflege der ungarisch-amerikanischen Gesellschaft unter dem Präsidium des Grafen Albert Apponyi und dem amerikanischen Gesandten Grant Smith. Die Gesellschaft betrat das Washington-Denkmal, wobei der ungarische und der amerikanische Redner der traditionellen Freundschaft zwischen den beiden Völkern gedachten.

Aus Rumänien.

Bukarest, 9. Juli. (PAT.) Der Unterstaatssekretär für die nationale Minderheit gibt in der Zeitung die Erklärung ab, daß die rumänische Regierung beabsichtigt, die Bevölkerung der an Rumänen abgetretenen Gebiete mit aller Achtung des Rechts zu behandeln. Sie erwartet jedoch, daß die Minderheiten dasselbe Vertrauen zu der Regierung haben werden. Die rumänische Regierung wird niemals in die Fehler verfallen, wie sie von der ungarischen Verwaltung verübt wurden. Die Ungarn, die gegenwärtig jene Gebiete bewohnen, werden auf der Grundlage der Gemeinsamkeit ebenso wie die rumänischen Bürger in Ungarn behandelt werden.

Bukarest, 9. Juli. (PAT.) Der Senat beschloß mit Bedenken der Mehrheit das neue Finanzgesetz.

Sowjetrussland.

Lenin und Trotski.

Danzig, 11. Juli. (PAT.) Aus Riga wird gemeldet: Die Stellung Lenins in der kommunistischen Partei ist unerschütterlich. Trotski nähert sich jetzt dem rechten Flügel dieser Partei, weshalb ihn der linke stark angreift. Das allrussische Zentral-Sowjetkomitee beschloß, die Vollmacht und Tätigkeit der Tscherezwitschais einzuschränken.

Ein Sowjetkonsulat in Stettin.

Berlin, 9. Juli. (PAT.) Die russische Regierung wandte sich urlangt an die deutsche Regierung mit der Bitte, ein Konsulat in Stettin eröffnen zu dürfen. Wie das "Berl. Tagebl." erfährt, wurde deutscherseits geantwortet, daß dem nichts im Wege steht, daß die deutsche Regierung jedoch möchte, auch ein Konsulat in Petersburg eröffnen zu dürfen.

An diese seine heutige Wanderung mußte der blonde Mann denken, während er den drei Heraufsteigenden entgegenahm, und sie doch nicht schaute, weil er soeben die schreckliche Angst, die ihn den ganzen Weg her gefoltert hatte, so deutlich wieder in sich aufsteigen fühlte, daß er sich völlig unter ihren Umschlingungen bog.

Aber hatte er der drei auch nimmer geachtet, so spürte er es doch als Erleichterung, daß sie nicht in die Gaststube kamen.

Die alte Frau hatte sie auf einem anderen Wege ins Haus geführt.

Eine Rückucksuhr schlug sechs.

Der Bleiche reckte sich griff in seinen Rücken und holte eine Börse heraus.

Diese alte Börse enthielt merkwürdigerweise laut funkelnd neue Silberstücke.

Er suchte nach einer Krone und legte sie vor sich hin. Er wurde ungeduldig.

Er wünschte die Wirtin herbei, um seine kleine Zeche bezahlen zu können.

Er trommelte mit den Fingern auf der Tischplatte und mit den Stiefelabsätzen auf den Boden.

Dazwischen fiel sein Blick immer wieder durch das Fenster und auf die Landschaft hinaus.

Am Morgen war es wenigstens in der Ebene unten ziemlich warm gewesen, da hatte die Sonne freundlich geschienen.

Seit Mittag aber war der Himmel bedeckt und hatte sich ein Wind aufgemacht, der zuweilen zum Sturm wurde.

Gar zwischen den steilen Bergwänden machte dieser scharfe Märzwind sich recht unangenehm fühlbar.

Dem Bleichen war er bis ins Mark gebrungen. Und dennoch verlangte es ihn jetzt danach, fortzukommen.

Er hatte sein Ziel vor sich, das er heute noch erreichen wollte.

Dänemark.

Brantings Eingeständnis.

Kopenhagen, 10. Juli. In der Sitzung des nordischen interparlamentarischen Kongresses in Kopenhagen leitete der ehemalige Staatsminister Branting-Schwestern die Diskussion über das internationale Verteilungsproblem ein. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die oberste Leidenschaft. Falls bei der Lösung der Frage auf die Einsicht des deutschen Volkes keine Rücksicht genommen werde, würde das Ministerium Birth, das bei den Besprechungen Vertrauen besitzt, in eine äußerst schwierige Stellung kommen; die Situation könne dadurch sehr gefährlich werden. Leider ist der Völkerbund nicht so stark, wie es wünschenswert wäre. Durch die Lösung der Alandsfrage würde er nicht gestärkt. Man muß sich nicht wundern, daß die großen Nationen kein besonderes Interesse an den Völkerbund haben und man muß daran denken, daß die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund mit Schwierigkeiten verbunden ist. Amerika andauernd außerhalb steht. Russland ist der Völkerbund nicht so stark, wie es wünschenswert wäre. Durch die Lösung der Alandsfrage würde er nicht gestärkt. Deshalb kann man leider nicht sagen, daß zukünftig ein Krieg eine Unmöglichkeit ist.

Brautung zur Alandsfrage.

Karlsborg, 10. Juli. (PAT.) Branting lehrte aus Genf nach Stockholm zurück und erklärte, daß Schweden nicht das Verdikt des Völkerbundes bezüglich der Alandsinseln anerkennt, in dem es darauf hinweist, daß es sich mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit, die einzig den Völkerbund leiten sollten, nicht verträgt. Die Änderung des französischen Standpunktes im letzten Augenblick war, wie Branting sagt, für Schweden eine sehr unliebsame Überraschung.

Ruthenische Studenten und Polen.

Lemberg, 11. Juli. (Tel.-A.) Die Lemberger Presse bringt die Nachricht, daß in den ersten Tagen des Juli eine Tagung der ruthenischen akademischen Jugend stattgefunden habe. Auf dieser Tagung wurde der Beschluß gefaßt, die ruthenischen Studenten aufzurufen, nach Ostgalizien zurückzukehren und Polen gegenüber eine unverträgliche Haltung einzunehmen. Gleichzeitig wurde auch der ruthenischen Jugend verboten, an polnischen Universitäten zu studieren.

Zum Aufstand in Marchlo.

London, 11. Juli. Der Sonderkorrespondent der "Times" meldet aus Tanger, daß die spanischen Streitkräfte den Stützpunkt Naifus in Gebiete von Beni Aros, 40 Meilen von Tanger, zu umzingeln suchten. Naifus, der ein bedeutendes Heer aufbrachte, leistete energischen Widerstand. Die Spanier hätten nach den amtlichen Meldungen in der vergangenen Woche bei einem einzigen Zusammenstoß 9 Offiziere und 80 Mann an Toten und Verwundeten verloren.

Japan.

Japan bleibt in seiner Kriegsrüstung.

London, 11. Juli. Nach einer "Times"-Meldung aus Tokio sagte der japanische Kriegsminister in einer Unterredung über Siberien: Japan müsse seine eigenen Wege gehen. Er wünscht auf Italiens Austritt aus dem Dreikind als Beispiel für die Unverträglichkeit aller Abmachungen hin und betonte die Notwendigkeit, daß Japan über Sibiriens Unabhängigkeit wache. Japan könne seine Truppen nicht zurückziehen und durfte seine Heeresstärke nicht herabsetzen, da diese für die nationale Verteidigung notwendig sei, könne sie aber mit Druck auf die finanziellen Abgaben auch nicht erhöhen.

Politische Tagesneuigkeiten.

Pasch, Venesch und Dale Jonescu. Die tschechische Presse erwähnt aus maßgebender Quelle, daß in nächster Zeit in Marienbad eine Zusammenkunft zwischen Pasch, Dale Jonescu und Venesch stattfinden wird.

Schaden des Streiks in England. Nach den letzten Berechnungen beträgt der in England durch den Streik hervergerufene Schaden 250 Millionen Pfund.

General Nollet Mitter der Ehrenlegion. General Nollet, der Vorsitzende der interalliierten Militärrückkommission, wurde mit dem Kreuz der Ehrenlegion 2. Klasse ausgezeichnet, weil er die Durchführung der Bestimmungen in der Entwaffnungsfrage beschleunigt hat.

Schwedens Beziehungen zu Estland und Lettland. Die schwedische Regierung beschloß, eine vorläufige Gelandeskarte für Estland und Lettland einzurichten und ernannte Major Karol Villen zum Geschäftsträger. Major Villen war im Jahre 1920 schwedischer Militärattaché in Konstantinopel und dann den schwedischen Gesandtschaften in Warschau und London zugeteilt.

Die Wirtin aber kam nicht.

Die hielt vermutlich jetzt Familienrat mit der jungen Frau und deren Begleitern.

Als die Rückucksuhr ein Viertel nach sechs schlug, war es mit des Mannes Geduld zu Ende.

Er erhob sich, warf seinen etwas schwäbigen, rauhaarigen Mantel über die Schulter und hob dann das Geldstück in die Mitte des Tisches.

Darnach langte er nach seinem Hut, der über ihm auf einen Rechen hing.

(Fortsetzung folgt.)

Neueste Literaturgeschichte.

Die "Jüngsten", die neue Teilausgabe der bekannten neuzeitlichen Literaturgeschichte Deutsche Dichtung der Gegenwart" von Prof. Adolf Bartels hat in wenigen Wochen einen Absatz von 10.000 Exemplaren gehabt. Dieser Erfolg, der größte, den je ein literaturgeschichtliches Werk erzielt hat, erklärt sich daraus, daß ein ausführliches Nachschlagewerk über die neueste deutsche Dichtung bislang gefehlt hat und dieser Band der Bartels'schen Literaturgeschichte von Leserfreuden sowohl wie von den Studierenden seit langem schwärzlich erwartet wurde. Der neue Band enthält eine Niederschrift und steht auf der Höhe der früheren Bände. Allen, die sich für die neuere deutsche Literaturgeschichte interessieren, sei dieser Band empfohlen. (Erschienen bei H. Hessel, Leipzig.)

Sommermittag.

Von Paul Dobbermann.

Wenn der Mittag durch die Felder schreitet, und die Hände auf die Ohren legt, Stehen sie atemlos und unbewegt, Kindern gleich, zur Firmung vorbereitet.

Gläubig nehmen sie den heiligen Segen, daß er sie zu Frucht und Fülle reift, Engelhand nun in die Stille greift, Sie zu frommen Klingeln zu erregen,

Reichsgericht: Urteile gegen Schack und Kruska.

Leipzig, 11. Juli. (Teil-II.) In dem Prozeß gegen den Generalleutnant von Schack und Generalmajor Kruska vor dem Reichsgericht die beschuldigt wurden, als Ortskommandant und Vorsteher des Gefangeneneagers Nieder-Zwehren bei Kassel, den Ausbruch einer Typhusepidemie verschuldet zu haben, wurden beide Angeklagte freisprochen. Die Kosten sollen der Reichskasse zur Last.

Frankreich und das Reichsgericht.

Paris, 8. Juli. (PAT.) Wegen des Urteils, das General Stenger freispricht, beschloß die französische Regierung, daß die Anwesenheit der französischen Delegierten bei den Gerichtsverhandlungen in Leipzig zwecklos sei. Brian d'Arcy schickte die Vertreter Frankreichs telegraphisch sofort nach Paris zurück und wandte sich an die englische und belgische Regierung mit dem Vorschlag, daß sie in Zukunft die Einsendung ihrer Delegierten nach Leipzig einstellen sollten. Bei Verpflichtung der in Leipzig gefällten Urteile bemerkten die französischen Zeitungen, daß die Deutschen einen schweren Fehler beglichen, wenn sie annehmen, daß die Verbündeten vor einer Strafung der Schuldigen abschrecken würden. In der Antwort auf die Frage der deutschen Regierung vom 18. Februar v. Mts. legt der „Oberste Rat“ hauptsächlich darauf Wert, daß die Verbündeten sich das Recht vorbehalten, die Kriegsverbrecher ihren eigenen Gerichten zu übergehen, falls die deutschen Gerichte ihren Angaben nicht gewachsen sind. Dieser Vorbehalt ist auch in den entsprechenden Bestimmungen des Versailler Vertrages vorgegeben und in der von Millerand der deutschen Regierung überfaßten Begleitnote zu der ersten Liste der Kriegsverbrecher wiederholt. Die Zeitungen erinnern daran, daß die Verurteilung der Schuldigen eine Bedingung des Ultimatums vom 5. März war; Alib George habe damals erklärt, daß die Deutschen die übernommene Verpflichtung nicht in dem Maße ausgeführt hätten. Der „Temps“ schreibt, in Paris herrsche die Meinung, daß die Verbündeten gemeinsam gegen solche Art von Urteilen protestieren und gleichzeitig vom Leipziger Reichsgericht alle nach dort überstandenen Aten zurückziehen sollten.

Englands Stellung zu den Leipziger Prozessen.

Danzig, 2. Juli. (PAT.) Aus London melden die hiesigen Zeitungen, daß die englische Regierung nicht dem Beispiel Frankreichs im Leipziger Prozeß folgen wird. Der englische General Pollock wirft sich nach Leipzig begeben.

Deutscher Reichstag.

(Ferien.)

Der Reichstag hatte sich am Donnerstag in einer siebenstündigen Sitzung, in der noch alle Rückstände mit Volldampf aufgearbeitet wurden, bis zum 6. September vertagt. In seiner Schlussansprache behielt sich Präsident Doebe, der in Wärme seine engeren Heimat Oberschlesien gedachte, ausdrücklich vor, falls außen- oder innerpolitische Ereignisse es nötig machen sollten, den Reichstag noch früher einzuberufen. Hoffentlich wird dies nicht nötig sein, denn es könnte sich nach der Lage der Dinge nur um Ereignisse unerfreulicher Art handeln. Auch mag man allen Beteiligten, die in den letzten Wochen im Reichstage ungewöhnlich gespannt waren, eine Erholung gönnen. Eine zweimonatige Sommerpause ist für ein Parlament ohnehin nur kurz, was sich daraus erklärt, daß für Anfang September die neuen Steuerverlagen angekündigt sind, die sofort in Angriff genommen werden müssen.

Der Reichstag wird im September voraussichtlich nur wenige Sitzungen abhalten und sich dann wieder auf mehrere Wochen verlängern, um dem Steuerausschuß zur gründlichen Bearbeitung der Vorlage Raum zu schaffen. Im Reichsfinanzministerium wird es diesmal für alle an der Ausarbeitung der Steuerentwürfe Beteiligten schwerlich Sommerferien geben.

Es wurde ein Antrag auf Erhöhung der Diäten für Abgeordnete angenommen. Ein Antrag auf Schadensatz für die durch den Krieg geschädigten Reichsdeutschen in Elsaß-Lothringen, in den Kolonien und im Ausland wurde von den Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt, aber von allen bürgerlichen Parteien angenommen.

Sodann gab es eine kurze Debatte über die Erwerbslosenfürsorge im Anschluß an einen Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses. Dieser verlangt Notstandsarbeiten. Dann ging man mit guten Ferienwünschen auseinander.

Amtsmüdigkeit Sosnowskis?

Warschau, 12. Juli. Der Korrespondent der „Polspresse“ berichtet, daß in militärischen Kreisen das Gerücht verbreitet sei, nach dem General Sosnowski in den Wunsch äußert, vor seinem Posten zurückzutreten, wobei er sich auf Überredung beruft. Wenn in der Tat General Sosnowski das Amt eines Kriegsministers niedergelegt, so wird als sein Nachfolger General Szepthi bezeichnet.

Aucharskis Stellung bedroht.

Warschau, 12. Juli. Am Sonnabend sandten die vereinigten Zentrumsparteien einen Brief an den Präsidenten Vitos mit der Forderung, den Minister des ehem. preuß. Teilstaates Aucharski als Mitglied der Oppositionsparteien aus der Regierung zu entfernen. Diese Forderung steht im Zusammenhang mit der Stimmenthaltung der Nationalen Arbeiterpartei im vorigen Freitag, durch die das Kabinett gerettet wurde.

„Gonekratowski“, welcher, wie bekannt, das Organ des Ministerpräsidenten ist, bestätigt die Nachricht über den baldigen Rücktritt des Ministers Aucharski. Gleichzeitig verkündet er den baldigen Rücktritt des Posener Wojewoden Telichowsky.

Republik Polen.

Ernennung. Der „Monitor Polski“ veröffentlicht die Mitteilung, daß der Stadtkommandant auf Antrag des Ministerrates mit Beschluss vom 4. d. Mts. Herrn Jan Zarawski zum Präsidenten der Obersten Kontrollkammer des Staates ernannt hat.

Gesandtschaft in Prag. Die polnische Gesandtschaft teilt mit: Der bisherige Gesandtschafter Herr Maciowski übergab am Sonnabend dem neu ernannten Gesandten in Prag, Herrn Bielecki, die Geschäfte der Gesandtschaft. Gleichzeitig übernahm Legationsrat Dr. Bader seine Tätigkeit. Sekretär der Gesandtschaft bleibt Herr Worsthyn.

Ingenieure für den Hafenbau. Ingenieure, die Praxis im Hafenbau besitzen und die auf eine dauernde Stellung rekrutieren, werden ersucht, unverzüglich ihre Adressen dem Ministerium für öffentliche Arbeiten mit Angabe ihrer bisherigen Praxis und ihrer Fachkenntnis mitzuteilen. Mit der Anstellung ist freie Wohnung verbunden. Die Entlohnung wird nach der Qualifikation bemessen.

Flüchtlingstransporte. Das Pressebüro des Außenministeriums teilt mit, daß in den nächsten Tagen der erste Flüchtlingstransport aus Charlkow nach Bialystok mit 922 Personen eintreffen wird. Der zweite Transport wird Charlkow Mitte Juli verlassen. In Kürze werden die Namen der zurückkehrenden Personen öffentlich bekannt gemacht werden.

Freistaat Danzig.

*+ Vom Polytechnikum. Im vergangenen Halbjahr befanden sich auf dem hiesigen Polytechnikum 1069 Studenten, von denen auf Danzig 22%, auf Polen 7½%, auf Deutschland 68% und auf andere Völker 7½% entfallen.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 12. Juli.

Eile mit Weile!

In deutscher Zeit betrachteten es die städtischen Körperschaften als ein nobile officium, hinter dem allerdings die geistliche Verpflichtung stand, den Stadthaushalt voranschlag bis spätestens zum 31. März des betreffenden Jahres unter Dach und Fach zu bringen. Erst der Weltkrieg brachte in der Beziehung eine Änderung, in den letzten Kriegsjahren wenigstens wurde mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde der Termin für die Festsetzung der Steuersätze bis zum 30. Juni verschoben. Bei dieser Praxis war es aus leicht begreiflichen und verständlichen Gründen unter polnischer Herrschaft im Jahre 1919 und 1920 verblieben. Anders ist es in diesem Jahre geworden. Wir sind jetzt bereits über das erste Drittel des Monats Juli hinaus, und noch immer sind keine Aussichten für die endgültige Verabschiedung des Stats, und ebenso wenig ist eine Hoffnung auf Beginn der Ferien des Stadtparlaments vorhanden. In den ersten beiden Jahren gesiedelten sich die meist neuen Stadtväter darin, die Hauptarbeit der Statsberatung in den Finanzausschüssen zu verlegen und in der Vollversammlung den Haushalt voranschlag in höchstens zwei Sitzungen durchzuführen. In diesem Jahre ist man nach dem Grundsatz des extremen se touchiert (die Extreme berühren sich) in das gegenteilige Tempo geraten. Trotz der zweimaligen öffentlichen wöchentlichen Sitzungen kommt und kommt man nicht recht vom Flede. Am Sonnabend standen etwa ein Dutzend vorbereiteter Voranschläge auf der Tagesordnung, erledigt wurden glücklich zwei. Dann mußte die Sitzung abgebrochen werden, weil, wie der stellvertretende Vorsitzende feststellte, sich genötigt sah, die meisten Berichterstatter der übrigen Stats nicht anwesend waren. Ein bedauernswertes Vorgang, der für die Arbeitsfreudigkeit der betreffenden Herren gerade kein allzu günstiges Zeugnis ablegt. Und nun geht es morgen in der Beratung des Voranschlags weiter. Wird das bisherige Tempo beibehalten, dann geht der ganze Monat Juli auch zu Ende, und die Steuerzahler bleiben auch weiterhin über die diesmaligen Steuerzuschläge zur Einkommensteuer in Ungewißheit. Nun ist uns zwar wohl bekannt, daß die Feststellung jedes Voranschlags heut mit erheblichen Schwierigkeiten verknüpft ist, und daß schließlich dann infolge der Unsicherheit des Valutastandes immer nur ein in der Luft schwelender Stat herauskommt. Aber in der Hinsicht wird sich in absehbarer Zeit überhaupt nichts ändern, vor allen Dingen auch nicht infolge des Eile mit Weile-Tempos. Gegenwärtig verliert sich zum Teil durch die vertretungsweise augenblickliche etwas ungeschickte Leitung der Stadtverordnetenversammlungen die Aussprache über oft unwichtige Dinge ins Uferlose. Man verbraucht einen Teil der kostbaren Zeit mit persönlichen Auseinandersetzungen. Das kann und darf aber nicht sein in einer Zeit, in der schließlich der Stadthaushaltsetat unter allen Umständen verabschiedet werden muß. In preußischer Zeit wurden in ähnlicher Zwangslage wiederholt Stadtverordnetenversammlungen einberufen, die ausschließlich der Statsberatung gewidmet waren. Eine derartige Maßnahme ist auch heut eindringlich zu empfehlen, um endlich mit dem Stat zu Rande zu kommen und Ferien zu machen.

Allgemeine Volkszählung.

In der Nr. 58 des „Dziennik Ujawnia“ der Republik Polen ist eine Verordnung des Ministerrates über die Durchführung einer allgemeinen Volkszählung veröffentlicht. Sie wurde auf Grund der Sejmgesetz vom 21. Oktober 1919 und 18. Mai 1921 beschlossen.

Nach § 1 der Verordnung wird die allgemeine Volkszählung in der Republik Polen nach dem Stand vom 30. September d. J. durchgeführt werden und alle Personen umfassen, die ständig oder vorübergehend auf polnischem Gebiet weilen. Gleichzeitig wird auf besonderen Formularen eine Zählung der Waisen stattfinden. In Verbindung mit dieser Volkszählung wird eine Zählung der Wohnhäuser und anderer bewohnter Gebäude von Landwirtschaften, Garten- und Forstwirtschaften, und eine Zählung der Haustiere stattfinden. Das Familienoberhaupt oder sein Vertreter müssen die Angaben machen. Nach § 4 werden Angaben, die nicht der Wahrheit entsprechen, mit einer Strafe bis zu 800 M. oder mit Arrest bis zu einem Monat belegt werden. Einem der wichtigsten Abschnitte der Verordnung ist § 7, der lautet: Die Angaben, die im Verlaufe der Zählung gemacht werden, werden nur zu statistischen Zwecken benutzt und können keinen öffentlichen Behörden oder Privatbehörden zu anderen Zwecken erzeigt werden. Sie sollen keinesfalls die Grundlage zur Steuerauflösung, zur Durchführung von Requisitionen oder zu gerichtlichen und Verwaltungsuntersuchungen führen. Die Zählbehörden im ehemals russischen Teilgebiet und in Kleinpolen werden die Verwaltungsbehörden erster Instanz sein und in der Wojewodschaft Posen und Pommerellen und in Teschen-Schlesien die städtischen und Gemeindebehörden. Die Zählbehörden werden ihre Gebiete in Gouverneure einteilen, die Zählkommissionen zugewiesen werden. Die Zählbehörde kann zum Zwecke der vorbereitenden Arbeit einen Zählausschuß einberufen, zu dem Vertreter der sozialen und wirtschaftlichen Institutionen und die örtlichen Staats- und Kommunalbeamten eingeladen werden können. Die erste vorbereitende Hauptarbeit zur Zählung wird die Feststellung und Vervollkommenung, die Einführung der Neunumerierung der Häuser im ganzen Staatsgebiet sein. Diese Hausnummerierung sollte bis 1. August d. J. beendet sein. Die gemeinsame Leitung der Volkszählung, die Vorbereitung und Ausgabe von Instruktionen und Verordnungen liegt in den Händen des Direktors des statistischen Hauptamtes, das im Einverständnis mit den eigentlichen Ministern arbeitet.

Die neuen Kur- und Verpflegungskosten im Stadtkrankenhaus.

In der letzten Stadtverordnetensitzung sind die Kur- und Verpflegungskosten im Stadtkrankenhaus mit Gültigkeit vom 1. d. Mts. ab folgendermaßen festgesetzt worden:

Für Einheimische:

- 1. Klasse: Erwachsene 380 M., Kinder unter 14 Jahren 240 M.; 2. Klasse: Erwachsene 250 M., Kinder 180 M.; 3. Klasse: Erwachsene 200 M., Kinder 150 M.

Für Auswärtige:

- 1. Klasse: Erwachsene 420 M., Kinder 200 M.; 2. Klasse: Erwachsene 350 M., Kinder 250 M.; 3. Klasse Erwachsene 300 M., Kinder 200 M.

Die Krankenkassen zahlen 180 M. für Erwachsene und für Kinder 130 M. täglich, die Armenverwaltung 200 M. für Erwachsene und für Kinder 150 M. täglich. Die Sätze für die städtische Irrenabteilung sind für Erwachsene auf 250 und für Kinder auf 180 M. täglich festgesetzt worden. Auswärtige zahlen 350 M. für Erwachsene und 250 M. für Kinder. Außerdem wird in der 1. Klasse ein täglicher Buschlag von 50 M. erhoben. Von allen 3 Klassen der sich zur Privatkraft aufzuhaltenden Personen wird außerdem eine ärztliche Dienststunde erhoben. Außerdem wird für die außergewöhnlichen Ausgaben für Verpflegung, Arzneien und Stärkungsmittel, für Wasser- und Lichtbäder sowie für das Röntgenverfahren ein besonderer Buschlag erhoben werden. Nachtwachen werden für die Patienten 8. Klasse nicht berechnet. Den erwachsenen Patienten der 1. Klasse steht ein besonderes Zimmer zu.

* Die 24-Stundenzeit ist seit dem 1. d. Mts. im Post- und Telegraphenverkehr im Bezirk der hiesigen Oberpostdirektion eingeführt worden.

Personalnachricht. Der frühere Posener Polizeipräsident R. Rzepecki ist einem hiesigen polnischen Blatte zufolge nach der Amtsniederlegung des Oberbürgermeisters Dr. Maciaszek zum Kommissarischen Oberbürgermeister von Bromberg ernannt worden. Er war bekanntlich von Beruf Buchhändler und bis zum vorigen Jahre der erste polnische Polizeipräsident von Posen. Seit dieser Zeit bekleidete er die Stellung eines Regierungsrats bei der hiesigen Wojewodschaft.

Missionen. Der Gewinn fiel in derziehung vom 9. Juli auf die Nr. 1 760 890.

Dritte polnische Staatslotterie. Die Generaldirektion der Staatslotterie teilt mit, daß die Ziehung der 8. Klasse der dritten polnischen Staatslotterie am Dienstag, dem 12. und Mittwoch, dem 18. Juli, um 8 Uhr früh in Warschau öffentlich stattfinden wird.

Deutscher Theaterverein. Nächsten Sonnabend, den 16. Juli, abends 8 Uhr, findet, wie schon bekannt gegeben worden ist, die Aufführung von Grillparzers „Sappho“ statt (wie immer im großen Saale des Zoologischen Gartens). Das Stück ist bereits in Podz mit großem Erfolg vom Theaterverein aufgeführt worden. Anfang pünktlich, Karten bei Görski.

• Bißka i. P., 11. Juli. Sonnabend mittag brach bei dem Landwirt Bißka in Bißka in Powiat Czernowitz Feuer aus. Die Wirtschaftsgebäude, Stall und Scheune, brannten bis auf die Umfassungsmauern nieder. Außerdem wurden 1 Schwein und 3 Stück Rindvieh ein Raub der Flammen, während das übrige Vieh gerettet werden konnte.

km. Schilberg, 11. Juli. Räuber drangen nachts verkleidet in die Wohnung des Besitzers Słopy in Parzynow, Kreis Schilberg, und erpreßten mit vorgehaltenem Revolver verschiedene Betriebe im Gesamtbetrag von mehr als 100 000 M. — Dem bisherigen beobachteten Sachverständigen aus deutschen Seiten beim Amtsgericht, Maurermeister Korb, ist dieses Amt nunmehr entzogen worden. — Auf dem Wochenmarkt am Donnerstag machten die Arbeiter die Preise für Kartoffeln, Butter, Eier usw. selbst. Wer sich dagegen auflehnte, dem wurde die Ware verschüttet bzw. zerstochen.

• Bromberg, 11. Juli. Am 13. 14. und 15. August findet hier eine Konferenz der Katholiken statt.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kurse der Posener Börse.

	Offizielle Kurse:	12. Juli	11. Juli
4% Posener Pfandbriefe (alte)	—	—	—
3% " " Buchst. A u. B	—	—	—
3½% " " ohne Buchst.	—	—	—
3½% " " Buchst. C	—	—	—
4% " " Buchst. Du. E	—	—	—
4% " " (neue)	—	—	—
4% Pos. Pfandbriefe	—	—	138 +
4% Pos. Provinzialobligationen	—	—	—
3½% Posener Prov.-Pfandbriefe	106 + N	—	—
5½% Obl. Cegieliski	120 + A	—	—
6% Schuldscheine der Bank Średzki	—	—	—
Hypot. Warszawski	—	—	—
Bank Gwiazdu I-VII em. (ungef.)	—	—	—
Bank Gwiazdu VIII em. (ungef.)	—	—	250 +
Bank Gwiazdu IX em. (ungef.)	—	—	335 + N
Bank Handlowy, Pognat I-VII VIII	335 + N	335 + N	335 + N
Bank Handlowy, Warszawa	—	—	—
Bank Dystry. Bydg.-Gdański I-IV	300 + A	—	500 + A
Smolecki, Potocci i. Sla.	495 + N	650 + N	635 + N
Bank Glemian	—	—	—
Bank Bielski	—	—	230 + N
R. Bartłomiej I-IV em.	200 + A	200 +	200 +
R. Bartłomiej V em.	650 +	640 +	530 + N
Centralna Słot.	—	—	—
Lublin	—	—	585 + N
Dr. Roman Maj	585 + N	585 + N	410 + A
Patria	405 + N	405 + N	410 + A
Bz. Spółka Drzewna	1525 + A	—	—
C. Hartwig I-III em.	—	—	—
C. Hartwig IV em. (ohne Kupon)	410 +	280 + N	280 + N
Cegieliski I-VI em.	285 + N	280 + N	280 + N
Cegieliski VII em.	285 +		

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Poznań, 12. Juli.

Aufruf an die Phyleabilitentinnen!

Die Not der deutschen Volksschule in Polen ist groß. Viele tausend Kinder sind schon mehrere Jahre ohne jede unterrichtliche Versorgung. Die deutschen Eltern haben sich schon zu verschiedenen Maßen mit Notrufen in der deutschen Presse hören lassen. Ihre Bemühungen bei den Behörden, Lehrkräfte zu bekommen, sind meistens ohne Erfolg. Sie erhalten dort die Erklärung: "Wir haben keine Lehrkräfte!" Die deutsche Jugend auf dem Lande geht vollkommener Verwahrlosung entgegen und bleibt rückständig für den harten Daseinskampf, der ihnen später bevorsteht. Darum, Ihr Abiturientinnen der Lycäen, erbarnt Euch der deutschen Schul- und Volksnot! Geht auf die Landschulen als Lehrkräfte. Ihr werdet auf Grund Eurer Vorbildung von den Behörden nicht abgelehnt werden. Rat und Auskunft erteilt neben den behördlichen Stellen auch die Schulabteilung des Deutschumsbundes in Bromberg, Plac Wolności 1 II, Zimmer 15.

Ernteaub für Soldaten. Auf Anordnung des Kriegsministeriums ist in der Zeit vom 15. Juli bis 1. September d. J. aus der Landwirtschaft stammenden Gemeinen aller Waffen.

Ein Mädel zeige hocherfreut an
Willy Hell und Frau
Hildegard, geb. Reefsälger
Poznań, den 12. Juli 1921

Am 9. d. Mts. verschied nach kurzen Leiden unsere geliebte Schwester und Tante

Anna Preuß.

Dies zeigen tief betrübt an:
Ottlie Wurm als Schwester,
Berlin.
Karl Preuß, Postsekretär,
Berlin,
Paul Wurm, Ober-Steuersekretär,
Weizenfelde.

Poznań, den 12. Juli 1921.

[1983]

Berdigung Mittwoch, den 13. d. Mts., nachmittags 6 Uhr vom Schillingsfriedhof aus.

Rittergutstausch

in d. Abstimmungsgeb. O.-Schles. mit Schloß, Brennerei u. massiv. Gebäude, ca. 2300 Morgen, geg. ein gleichw. Objekt in Posen. Offert. unter 1959 an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Gutsumtausch.

Will mein Gut in Brandenburg mit Restaurant, 1. st. Saal Gebäude massiv, sehr groß, kurz vor dem Kriege gebaut, leb. u. tot. Inventar kompl., 200 Morgen, 40 Morgen 30–50 jähr. Wald, groß. Garten, gegen ein Gut in Polen umtauschen. Auskunft erteilt

Foto. Nychy, poczta Daniszyn, Pozn.

1 Privathaus

am Markt gelegen, 6 Zimmer, Küche, großer mass. Speicher, Keller, großer Hof, ist sofort gegen Kauf oder Regulierung in Deutschland zu haben. Offerten unter W. A. 1975 an die Geschäftsstelle dies. Blattes erb.

Lausch. Ein Geschäfts-
haus in bester Lage am
Markt, Eisen-,
Colonialwaren, Schankge-
schäft mit voller Konzeption,
über 100 Jahre im Besitz
der Familie, ist sofort gegen ein gleichwertiges in Deuts-
land zu verkaufen. Offerten unter S. B. 1974
an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Suche zwecks Kauf sofort

Rittergut in Größe von 1000–2000 Morgen, mit sehr gutem Schloß u. Park in Provinz Poznań. Zahlung erfolgt auf Wunsch der Kasse jedenfalls in Deutschland. Gesl. off. n. Beschreibung eilig u. 2. m. 1979 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Zu kaufen gesucht —
auch für Amerikaner

Grundbesitz jeglicher Art, sowie kleine
Wirtschaften, Güter, Landwirtschaften,
Dampf- u. Wassermühlen, Häuser usw.
M. Wegner, Poznań, ulica Półwiejska 31,
Firma „Kultura“. Telefon 1811.

Eristenz
in Deutschland.

Gutgehendes Engrosgeschäft der Möbelbe-
schlagbranche mit Kontor und anschließenden Lager-
räumen, wovon bei bezeichnenden Ansprüchen noch
Wohnung abgetrennt werden kann, ist komplett mit
Einführung günstig zu verkaufen. Lager kann auf
Wunsch mit übernommen werden. Die Räume
eignen sich auch für jede andere Branche. Ernst
Selbstverständlichkeit wollen ihre off. mit „Eristenz“
an Tom. Akc. Reklama Polska, Aleje Marcinkowskiego 6, richten.

und Dienstgattungen ohne Rücksicht auf den Jahrgang ein Ernteaub zu gewähren. Die Beurlaubung hat im Einzelfalle auf die Dauer von 14 Tagen zu erfolgen, und zwar so, daß die Beurlaubten die Möglichkeit haben, den Urlaub zu Hilfeleistungen bei der Ernte zu benutzen. Zu diesem Zweck haben die Generalkommandos und der Stab der 2. Armee angeordnet, daß die Beurlaubungen in drei Beitägschritten zu geschehen haben: vom 15. Juli bis 1. August, vom 1. bis 15. August und vom 15. August bis 1. September. Zur Urlaubserteilung sind die Truppenabteilungen, Anstalten und Institute unmittelbar berechtigt, auch ist die kriegsministerielle Urlaubsverfügung den Soldaten zur Kenntnis zu bringen.

* Praktische Pädagogik. Heute vormittag ging ein etwa elfjähriger Schulknabe mit seinem Zigarette im Mund und stolz die ul. Gwarka (früher Vittoriastraße) entlang. Ein vorübergehender Herr, dem das respektwidrige Verhalten des kleinen „Gernegroß“ nicht paßte, schlug ihm die Zigarette aus dem Munde. Der Junge schlug sich, heftig empört, das er grausam um sein Vergnügen gebracht war, seitwärts in die Büsche.

* Polizeibericht. Festgenommen wurden gestern 7 Frauenpersonen wegen liederlicher Umrüttelung, 7 Personen wegen Diebstahlverdachts, 1 Person wegen plötzlich ausgebrochenen Irrsinns und zwei Personen wegen Körperverletzung.

□ Sandberg, Kr. Gostyn, 11. Juli. Unter Leitung deutscher Bürgermeister, der die Stadtverwaltung bis 1. De-

zember 1920 inne hatte und seinen Wohnsitz Anfang Juni nach Deutschland verlegte, ist an die Regierung Breslau berufen worden und hat dort die Dienstgeschäfte bereits übernommen.

Aus Ostdeutschland.

* Braustadt, 6. Juli. Auf recht tragische Weise ist der im besten Mannesalter stehende Fideikommissbesitzer Wilhelm Gilka-Böhlow auf Oberbelish aus dem Leben geschieden. Er war am Donnerstag in Guhrau mit seinem Gespann. Als er abends an seinem Wohnort ankam, fiel es dem Kutscher auf, daß sein Herr länger, als es seine Gewohnheit war, im Wagen verblieb. Er öffnete den Wagenschlag und fand seinen Herrn entsezt im Wagen sitzend. Offenbar hat ein Herzschlag dem Leben des erst Anfang der vierzig Jahre stehenden Herrn ein jähes Ende bereitet. Von den drei Geschwistern Gilka-Böhlow fiel der zweite, der frühere Besitzer der Herrschaften Hengersdorf und Seitsch, vor knapp zwei Jahren durch Vorderhand; jetzt ist nur noch der älteste, Fideikommissbesitzer Alfred Gilka-Böhlow auf Schussen, am Leben.

Berichtigung: für Politik, Handel, Kunst und Wissenschaft: i. B. Dr. Franz Bucha; für Local- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeier; für den Angeleit: M. Gründmann. Druck und Verlag der Bozener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A. fälschlich in Poznan.

Gefreidemäher „Eyth“

sind zur sofortigen Lieferung vom Lager wieder vorrätig.

Deutsches Lagerhaus T. z o. p.

Maschinen-Abteilung.

Maschinen u. technische Artikel für Landwirtschaft und Industrie,

12283 Holzhansbaulen u. Dachkonstruktionen,

Ruberoid für Bedachung,

Zement und Kalk.

E. KETTLER, Poznań,
Jackowskiego 30 a, 2 Et.

7 junge, kräft. Zugochsen,
und gesunde Zugochsen,
Frühjahrsbestellung mitgemacht, im Durchschnittsgewicht von 9½–10 Br. wegen Überfüllung abzugeben. Preis 40 000 M. Dom. Czoch, pow. Pleszow.

Wegen Auflösung der Schweinezucht
1 Jahr. erstklass. Zuchteber
zu verkaufen.

Verwaltung der Herrschaft Szubin wies bei Szubin.

Wir sind zu hohen Preisen Käufer für
Frühkartoffeln und
Wasserrüben (Weulen)
und bitten um Offerten.

Aluge & Jankowiak, Poznań,
ulica Sew. Mielżyńskiego 231. — Telephon Nr. 3201.

Suche vierdrägigen dos-a-dos
Selbstfahrer

zu kaufen. Rittergutsh. Uhle, Uhlenhof (Gorzewo)

1931 bei Ryczywöl

Bsp. jeder Art
nur in Waggonladung sofort lieferbar.

E. Kettler, Poznań,
Jackowskiego 30 a, 2 Et.

Pappdächer! Teerungen!

Beste Arbeit! Bestes Material! Solide Preise!

Baumeister K. Günther,

Tel. 2945 Poznań, Towarowa 21. Gegr. 1908.

Spezialgeschäft für Pappdächer.

Entfernt hat sich aus der elterlichen Wohnung d. Knabe Otto Henckel, 13 J. alt hagerer Geistalt, bei elterl. mit Schnürschnüre, olivgrünem gestreiften Sportanzug. Schülerrückschlüsse mit olivgrünem Rand. Meldungen über den Verbleib des Knaben erh. Otto Lach, Poznań, Forteczna 39.

Wohnungen

Alt. Herr, selbständ. Kaufmann, wünscht zum 1. 8.

möbl. Zimmer bei achtdären

Leut. auch ohne Bett. Gesl. Ang. Poznań O. 1, Tresor 405.

Ein tüchtiger

Oberschweizer,

36 J. alt sucht Stellung von

sofort oder 1. 10. 21. Bin 20

Jahre im Fach, tüchtiger

Welder und Viehpflieger. Gesl.

Angebote unter S. 9. 1755

an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Verheirateter

Gärtner, guter, erfahrener Fachmann,

der auch Jäger ist mit Forst-

wissen und Viehpflieger. Gesl.

sucht dauernde Stellung vom

1. 10. 1921. Objektiv.

Objektiv.

Ein tüchtiger

Beamter

sucht Praxisübernahme.

Off. u. 1930 an die Geschäftsst.

Blattes erb.

Ein tüchtiger

Gärtner i. Feldgemüsebau,

2. Brennereiverwalter und

Betriebsleiter

der elektrischen Zentrale gesucht. Dom. Kotowiczo,

pow. Pleszow.

Akademisch gebildete Lehrerin sucht Stellung als

Hauslehrerin

z. 9. Ang. u. A. B. 1981 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Poln. Sprachunterricht
wünscht Herr mittl. Alters
durch nette sympath. Dame.
Off. u. N. N. 2281 a. d.
Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Unkäuse u. Beckäuse

Eleg. Herrenanzug

(Friedensware), leicht,
sehr gut erhalten. Für
mittl. Figur g. verkaufen.
Ang. unter 1752 a. d.
Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Vert. folg. Jagdhunde:

1. Kurzhaar-Braunfuder-

Rüde, 8 J. alt flotte Suche,

steht fest vor, apportiert zu
Wasser u. zu Lande. Hasenrein.

2. Kurzhaar-Braunfuder-

Hündin, 4 J. alt. appor-

tiert gut vor, Stubenrein,

Kaubzeugwürger.

3. 1½ acht Monate alte

Braunfuder, dressurrei.

4. 2½ sechs Monate alte

Weibchen.

Offert. unt. „Förster 1976“

an die Geschäftsst. d. Bl.

Hund!

Bernhardiner-

halbwüchsig, acht

Monate alt, für

Laden geeignet,

vert. Radle, Ryduł 29, 3 Et.

Verb. f. weibl. Hand- u. Büroangest. i. Grohholen.

Mitgliederversammlung Donnerstag, 14. Juli, 7½

Uhr abends: Waly Lejczkowskiego (früher Kaiser-

ring) 12 L Stad.

Verein liberaler Juden.

Jüdisch-liberaler Jugendverein.

Mittwoch, den 13. Juli, 8 Uhr abends, in den

Räumen der Amicitia-Loge

Vortrag:

1) Der Ausbau Palästinas,

prof. Dr. Koller aus Warszawa.

2) Die Liberalen und Palä